



Stellungnahme des RCDS Münster zu Maßnahmen der Landesregierung in NRW

Am vergangenen Donnerstag, dem 24.02.2011, sind durch die rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen die Studienbeiträge zum Wintersemester 2011/12 abgeschafft worden. Bereits im letzten Jahr wurde der Haushalt für das Jahr 2011 mit einer Rekordneuverschuldung von ca. 8 Milliarden Euro verabschiedet.

Der RCDS Münster wendet sich als ein Interessenvertreter der Studierendenschaft und der heranwachsenden Generation in aller Entschiedenheit gegen diese Maßnahmen.

Über die politische Frage nach der Richtigkeit von Studienbeiträgen ist in der Vergangenheit schon viel diskutiert worden. Der RCDS Münster ist nach wie vor der Meinung, dass Studienbeiträge ein gutes und gerechtes Mittel zur Verbesserung der Qualität deutscher Hochschulen darstellen.

Die Einführung der Studienbeiträge im Jahr 2006 hat das Lehrangebot an den Universitäten deutlich verbessert. Durch alle Fachbereiche hindurch konnte die Anzahl der Tutorien und AGs gesteigert werden, Bibliotheken konnten ihre Öffnungszeiten verlängern. An der WWU Münster konnte sich durch die Studienbeiträge zudem ein vielfältiges Fremdsprachenangebot etablieren, das von vielen Studierenden zum Erlernen einer Fremdsprache genutzt wird.

Die Abschaffung der Studienbeiträge zieht zwangsläufig die Frage nach der weiteren Finanzierung bzw. dem Wegfall dieser Errungenschaften nach sich. Die amtierende Regierung will durch mind. 249 Mio. € neuer Schulden die Finanzierung aufrecht er-

halten. Nicht zuletzt dadurch kommt die Rekordneuerschuldung für das Haushaltsjahr 2011 zustande.

Dieses Verhalten der Landesregierung fasst der RCDS als offenen Affront gegenüber unserer Generation auf. Die einseitige Argumentation, den Studierenden etwas Gutes getan zu haben und den Wegfall der Studienbeiträge lediglich als Erfolg zu verkaufen, ist schlichtweg eine Verdrehung der Tatsachen.

Durch die Finanzkrise und die nur knappe Rettung Griechenlands vor der Insolvenz wird deutlich wie gefährlich schuldenbasiertes Wirtschaften ist. Dass hiervon Abstand zu nehmen und stattdessen ein stabiler Zukunftsausblick geschaffen werden sollte, scheint die Regierung Nordrhein-Westfalens nicht einzusehen. Auf ihrem Kurs durch derartigen Populismus Wählerstimmen zu ernten, wird ignoriert, dass hohe Schulden massive Gefahren für die Stabilität einer ganzen Gesellschaft schaffen.

Letztlich sind wir es, die den angerichteten Schaden zu tragen haben. Der Steuerzahler, den die Auswirkungen der heutigen Schulden treffen werden, ist die Generation der Studierenden von heute. Hinzu kommt die traurige Realität, dass auf Grund der demographischen Entwicklung in Deutschland der Anteil der arbeitenden Bevölkerung immer kleiner wird, der die immer größer werdende Anzahl von Rentnern finanzieren muss. Frau Kraft gibt dies sogar offen zu – ignoriert jedoch die Interessen unserer Generation mit einem süffisanten Lächeln und behauptet „gute“ Schulden seien immer gerechtfertigt.

Diese Ignoranz können wir nicht hinnehmen. Sie ist eine offene Missachtung offensichtlicher Zusammenhänge, die uns in besonderem Maße treffen wird.

Darum erheben wir jetzt unsere Stimme, bevor es zu spät ist. Wir lassen es uns nicht gefallen, dass politische Spielereien auf unserem Rücken ausgetragen werden. Wir fordern die Landesregierung auf ernsthafte Schritte zum Schuldenabbau vorzunehmen. Die Erhebung von Studienbeiträgen kann dazu einen wichtigen Teil beitragen.